aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

29 Nov/Dez 2022 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

rso revolutionär sozialistische organisation

THEORIE

Eine kurze Geschichte des Imperialismus ..... Seite 2

CHINA

- Aufstieg zur Großmacht

- Neue Seidenstraße

- Konflikt um Taiwan

..... ab Seite 4

WIRTSCHAFT

Inflation – Wie teuer wird's noch?

..... Seite 8

UKRAINE

Der blutige Poker

..... Seite 11

AFRIKA

Ringen um Macht

..... Seite 12

PERSPEKTIVEN

Gegen Krieg und Kapitalismus

..... Seite 13

KLIMAKATASTROPHE

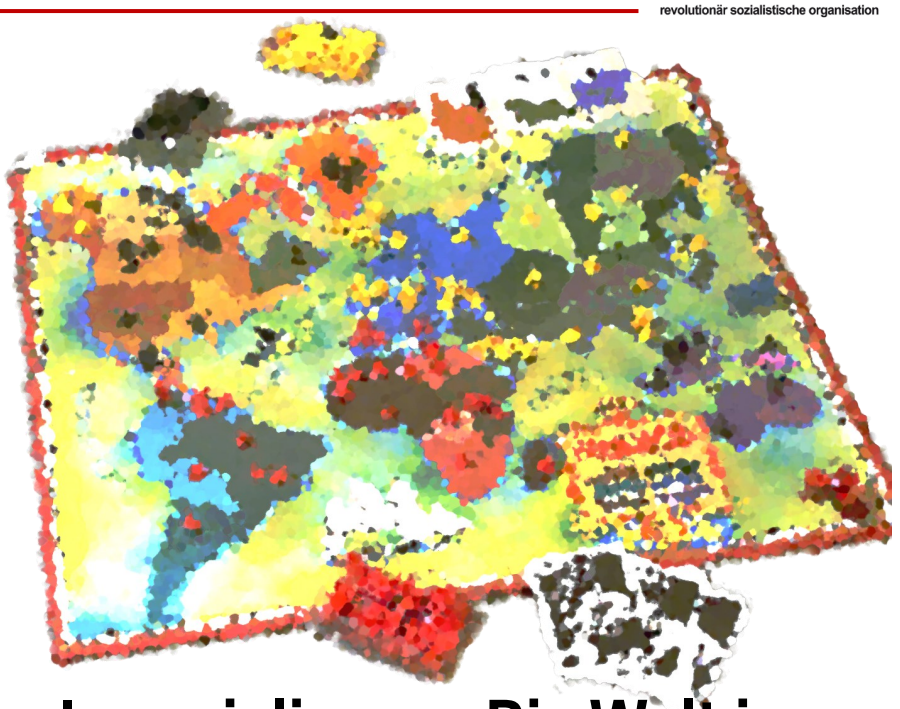
Welche Strategie?

..... Seite 14

REZENSION

„Triangle of Sadness"

..... Seite 15



Imperialismus: Die Welt im Schatten der Blockkonfrontation

Der Ukraine-Krieg und die damit zusammenhängende Energiekrise und Teuerung bestimmen die Politik der europäischen Länder. Die Welt gegen Putin, wird uns erklärt.

Wir beschäftigen uns seit März regelmäßig mit diesem Krieg und seinen Folgen. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns aber auch mit anderen Konflikten, die immer mehr eine neue Blockkonfrontation heraufbeschwören.

Schon vor über 100 Jahren analysierte Lenin den Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. Wir vollziehen die Veränderungen im imperialistischen Weltsystem seitdem nach.

Nicht nur um die Frage von Taiwan schaukelt sich die Rivalität zwischen China und den USA auf. In Afrika ringen europäische imperialistische Mächte, China, USA und Russland um Einfluss.

Bei Redaktionsschluss hat der türkische Präsident Erdoğan neue blutige Angriffe auf kurdische Gebiete befohlen, nicht so viel anders als Putin. Aber unsere Regierungen reagieren im Fall eines NATO-Verbündeten anders ....

Bei der COP27 in Ägypten zeigten die imperialistischen Staaten, die historisch für den absoluten Großteil der CO_2-Emissionen verantwortlich sind, dass sie nicht bereit sind ihre Emissionen zu reduzieren. Die Erde brennt: Unter diesem Slogan wurden Unis besetzt. Die Klimabewegung sucht nach neuen Hebeln der Veränderung.

Wie die Jugend um ihre Zukunft kämpft, versuchen die Arbeitenden ihren Lebensstandard gehen die Teuerung zu verteidigen. Die Gewerkschaften lassen dabei der Kampfkraft keine freie Bahn und nehmen Reallohnverluste in Kauf. Doch gemeinsam haben die Jugend und die Arbeiter:innenklasse das Potenzial, Kapitalismus und Imperialismus zu überwinden, mit einer Revolution für Soziales und das Klima. ■

Eine kurze Geschichte von Imperialismus und kapitalistischen Krisen

Die Entwicklung des Kapitalismus wird von der bürgerlichen Geschichtsschreibung als Erfolgsgeschichte dargestellt — mit ein paar Kollateralschäden und Bedrohungen durch „finstere Mächte". In Wirklichkeit sind die wiederkehrenden Krisen der Weltwirtschaft, die weltweiten Kriege und die Konflikte zwischen Großmächten jedoch keine Schönheitsfehler des Kapitalismus, die mit der Zeit verschwinden, sondern vielmehr Ausdruck seiner grundlegenden Widersprüche. Das zeigt ein Blick in die Geschichte — der uns auch die Situation heute besser verstehen lässt.

Die Entwicklung des modernen Kapitalismus nahm ab Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Industrialisierung so richtig Fahrt auf. Dieser frühe Industriekapitalismus entstand innerhalb von Kolonialreichen wie England, Belgien oder Frankreich, integrierte die koloniale Ausbeutung in sein neues Geschäftsmodell und ergänzte sie um die Ausbeutung des Proletariats. Bis Ende des 19. Jahrhunderts waren weltweit tätige kapitalistische Konzerne mit bisher ungeahnter Größe und Macht entstanden. Abgesichert wurde diese Expansion durch die Etablierung moderner bürgerlicher Staatsapparate, die die Interessen des Kapitals sowohl gegen kämpfende Arbeiter:innen als auch gegenüber anderen Ländern durchsetzten.

Übergang zum Imperialismus

Um die Jahrhundertwende ging das kapitalistische System in sein imperialistisches Stadium über. Neben Großbritannien, das bisher die unangefochtene Weltmacht war, drängten nun auch weitere kapitalistische Länder auf die Weltbühne. Der Kampf um Absatzmärkte und um die permanente Steigerung der Profite, hatte nicht nur wirtschaftlichen Aufschwung befeuert, sondern die Widersprüche und Konflikte zwischen den großen kapitalistischen Ländern und Monopolen massiv zugespitzt. Industrie und Banken verbanden sich zum Finanzkapital, das nicht mehr nur Rohstoffe aus Kolonien einführen und Waren ins Ausland verkaufen wollte, sondern für das der Kapitalexport (heute würde man sagen: ausländische Direktinvestitionen) zunehmend wichtiger wurde. Das Wettrennen um die weltweite Vorherrschaft war in vollem Gange.

Erster Weltkrieg

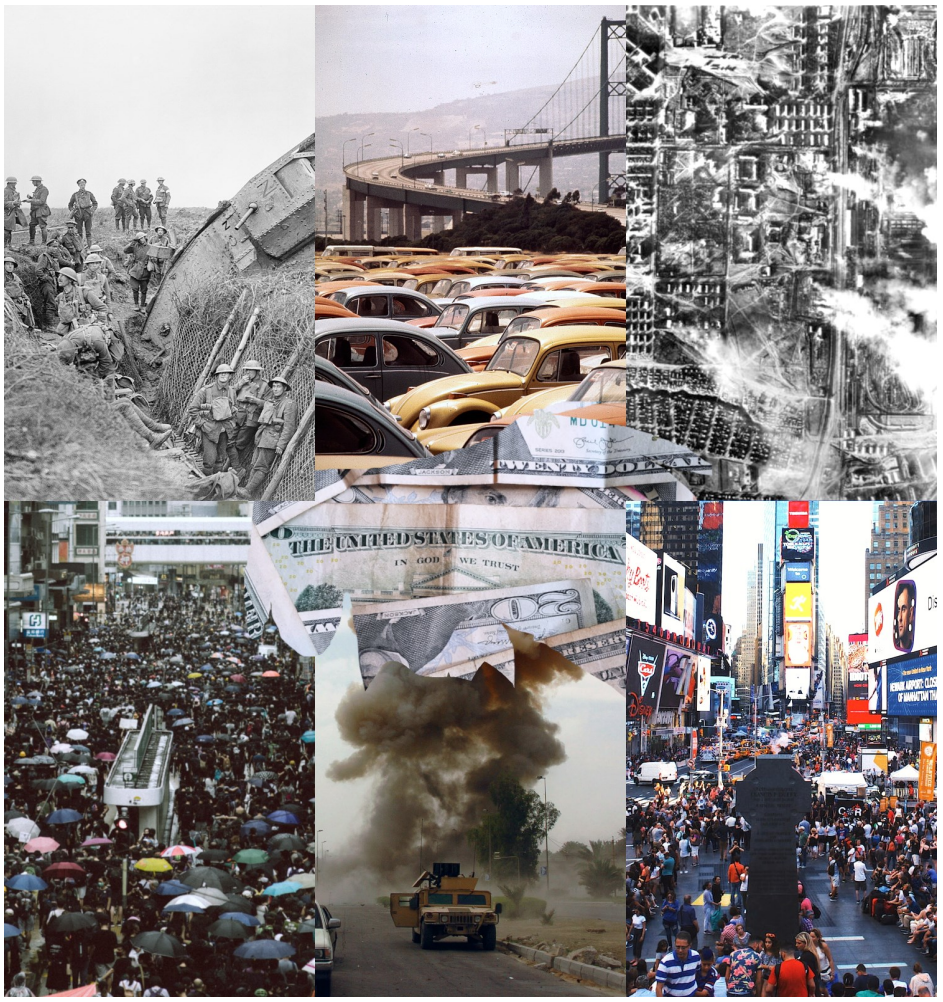
1914 mündete dieser Konflikt im Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Er war Ausdruck eines Wettkampfes um die Aufteilung der Welt, zog Länder auf der ganzen Welt in den Konflikt mit hinein und zwang sie auf eine der Seiten. Ein solch umfassender, globaler Konflikt zwischen den Großmächten lässt sich nicht aus den Absichten der Staatsoberhäupter oder verfehlter Diplomatie erklären. Dahinter steht vielmehr die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung selbst, in der die Akkumulation von Kapital den Ton angibt. Ziel und Zweck der ganzen Ökonomie ist es, am Ende mehr rauszubekommen als investiert wurde – mehr als die Konkurrenz und mehr als im Jahr davor. Dieser maßlose und endlose Prozess ist fragil, krisenanfällig und zerstörerisch. Imperialismus lässt sich damit auch nicht, wie in vielen bürgerlichen Definitionen, auf aggressive Außenpolitik reduzieren. Er ist vielmehr direktes Ergebnis der kapitalistischen „Erfolgsgeschichte" selbst.

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg

Der Erste Weltkrieg kostete Großbritannien zwar seine Rolle als führende Weltmacht, konnte aber die Widersprüche zwischen den Großmächten nicht lösen und führte so auch nicht zur Etablierung einer (zumindest zeitweilig) stabilen Weltordnung. Die 1920er und 1930er waren von ökonomischen Krisen, Klassenkämpfen und zunehmenden Spannungen zwischen Großmächten geprägt. Alte Kaiser- und Königreiche existierten nicht mehr, die USA waren mittlerweile zur kapitalistischen Großmacht aufgestiegen und in etlichen Ländern waren faschistische Regime an der Macht.

Die Widersprüche, die zum Ersten Weltkrieg geführt hatten, entluden sich unter etwas veränderten Vorzeichen erneut 1939 im Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Dieser bedeutete ein bisher ungeahntes Ausmaß an Vernichtung mit industriellen Methoden und Einsatz mörderischer, moderner Waffensysteme. Die rasante Entwicklung der Produktivkräfte hatte unter kapitalistischen Bedingungen nicht nur zu gesellschaftlichen Fortschritten geführt, sondern auch zum Krieg, hatte sich also gegen die gesamte menschliche Zivilisation gerichtet.

» Ein solch umfassender, globaler Konflikt zwischen den Großmächten lässt sich nicht aus den Absichten der Staatsoberhäupter oder verfehlter Diplomatie erklären. Dahinter steht vielmehr die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung. «



Sieg der Demokratie?

Die bürgerliche Geschichtsschreibung interpretiert den Zweiten Weltkrieg gerne als Kampf von Demokratie gegen Faschismus. Die Niederlage Nazi-Deutschlands und die Etablierung einer liberal-kapitalistischen Weltordnung mit Kriegsende schien den historischen Sieg des Guten über das Böse zu besiegeln. Im Kalten Krieg, der sich rasch nach Weltkriegsende abzuzeichnen begann, wurde im Westen die Ideologie von der natürlichen Überlegenheit des liberal-demokratischen Kapitalismus ausgebaut und weiter etabliert. In den Nachkriegsjahrzehnten wurde hier Teilen der Arbeiter:innenklasse ein steigender Lebensstandard zugestanden, auch um sie von revolutionären Abenteuern abzuhalten und um möglichen Sympathien für die nicht-kapitalistischen stalinistischen Länder entgegenzuwirken. Möglich war das aufgrund der wirtschaftlichen Boomphase – die Profite sprudelten trotzdem äußerst ergiebig. Die letzte Hürde schien Ende der 1980er mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Systeme genommen, als sich der Kapitalismus scheinbar endgültig als historisch alternativlos durchgesetzt hatte. Die bürgerliche Ideologie feierte das vermeintliche „Ende der Geschichte".

Die Realität sieht freilich anders aus. Der angebliche Triumph der Demokratie begann mit dem Abwurf von US-Atombomben auf Zivilist:innen in Hiroshima und Nagasaki. Der ganzen Welt sollte unmissverständlich klar gemacht werden, dass ab jetzt der US-Imperialismus das Sagen hat und über die Mittel und den Willen verfügt, seine Interessen auch durchzusetzen. Millionen Menschenleben kostete auch das Ausschlachten des kolonialen Erbes: Kriege und Stellvertreterkriege um Einflusszonen, der Kampf gegen Befreiungsbewegungen und die Installierung autoritärer Regime, die neokoloniale Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen, die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, usw. Der Imperialismus überzog den Globus auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit einer Blutspur: von Korea über Vietnam nach Afghanistan und in den Irak, von Palästina über den Kongo und Algerien nach Chile.

Das langsame Ende der Nachkriegsordnung

Die Nachkriegsordnung unter Führung der USA hat es den westlichen Ländern bis heute ermöglicht, ihre weltweit dominante Rolle auszuüben und aufrecht zu erhalten. Dass diese Phase keinen Weltkrieg und keine direkte Konfrontation zwischen imperialistischen Großmächten gesehen hat, ist nicht den vermeintlich demokratischen „westlichen" Werten geschuldet. Sie ist vielmehr Ausdruck einer ganz bestimmten historischen Konstellation: die Weltordnung mit der USA als Hegemonialmacht hat es westlichen Ländern ermöglicht Krisentendenzen auf Kosten von Ländern der Peripherie und der Arbeiter:innenklasse zu bearbeiten. Auf das Ende des Nachkriegsbooms ab den 1970ern folgte die neoliberale Offensive ab den 1980ern. Die Steigerung der Profite passierte einerseits durch massive Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse, andererseits durch verschärfte Ausbeutung von Ländern des globalen Südens über liberalisierte Finanzmärkte, Handelsverträge und Kriege.

Diese Möglichkeiten der Auslagerung von Krisentendenzen werden zunehmend weniger. Der Aufstieg Chinas (und in geringerem Ausmaß auch anderer Länder) hat den Kampf um die Aufteilung des Kuchens zwischen den Großmächten verschärft. Und die vermeintliche Lösung von Krisen im Kapitalismus bereitet immer den Boden für künftige, noch tiefere und umfassendere Krisen. Die Finanzkrise um 2008, deren Ursachen bis heute nicht gelöst sind, zeugt von diesen tiefen Krisenentwicklungen, denen sich auch die imperialistischen Kernländer nicht mehr entziehen können. Auch heute sind es nicht vermeintlich „finstere Mächte", die die kapitalistische Erfolgsgeschichte und die Demokratie bedrohen, sondern vielmehr die grundlegenden Widersprüche des Systems selbst, die sich aktuell wieder rasant zuspitzen. ■

Johannes Wolf, Wien

Aufstieg einer neuen Großmacht

China ist heute nicht mehr (nur) die Werkbank der Welt, ein Land, in dem zu günstigen Konditionen Massenware für die ganze Welt gefertigt wird. Das Land hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer neuen und eigenständigen Großmacht entwickelt – ein Schritt, der keinem anderen Land in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelungen ist. Chinas Aufstieg steht damit für einen tatsächlichen Umbruch im kapitalistischen Weltsystem.

Die Entwicklung nimmt Ende der 1970er ihren Lauf, als unter Deng Xiaoping eine vorsichtige Öffnung und eine Neuausrichtung der Produktion auf den globalen Markt begonnen wurde. Die (ehemaligen) Kolonien Hongkong, Macau und Taiwan, die sich in unmittelbarer Nähe Chinas befinden, funktionierten als eine Art Brückenkopf zum und vom Weltmarkt. So gelangten nicht nur ausländische Devisen, sondern auch moderne Technologien ins Land. In neu eingerichteten Sonderwirtschaftszonen, wo idyllische Bedingungen für Investor:innen geschaffen wurden und die Millionen billiger Arbeitskräfte anzogen, wurde für den Export produziert.

Dabei spielten Joint Ventures, also ein Zusammenschluss von chinesischen und ausländischen Unternehmen, eine entscheidende Rolle. Rein ausländische Unternehmen gab es zu dieser Zeit keine. Die Planung des Außenhandels wurde schrittweise reduziert, wenn auch nicht abgeschafft: Im Jahr 1978 wurde der gesamte Export durch den Plan gesteuert, 1988 waren es 45 % und 1992 nur noch 15 %. Der Binnenmarkt blieb durch Zollschranken stark geschützt. Der Beitritt Chinas zur WTO im Jahr 2001 steht am Beginn einer zweiten Phase, die unter anderem die Halbierung von Zöllen bis 2007 brachte. In dieser Zeit stieg China zur „Werkbank der Welt“ auf, mit vielen neuen unqualifizierten Arbeitsplätzen vor allem in den Küstenregionen, aber immer noch sehr geringen Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Von der Werkbank zur Wirtschaftsmacht

Seit etwa zehn Jahren dominieren jedoch nicht mehr die Exporte von Produkten, die in China mit Komponenten ausländischer Unternehmen zusammengebaut werden. Es wurden zunehmend höherwertige Produkte hergestellt und die Produktion für den Binnenmarkt ausgeweitet, in Kombination mit einem erheblichen Anstieg des Lebensstandards. Die von der chinesischen Wirtschaft produzierte Wertschöpfung verzehnfachte (!) sich in den zwanzig Jahren seit 2001 (heute: 14,3 Billionen US-$).

Die Skyline von Shanghai

Ein herausragendes Beispiel ist die ausnahmslose Beherrschung des chinesischen Marktes durch chinesische Tech-Konzerne: von Alibaba (statt Amazon) über Baidu (statt Google) bis hin zu Tencent (für Videospiele und soziale Netzwerke) oder DiDi (statt Uber). Die sonst führenden US-Konzerne spielen in China keine wichtige Rolle. Dabei geht es nicht nur um Profite, sondern auch darum, die Abhängigkeit von ausländischen Technologien und Unternehmen zu verringern. Viel Geld fließt daher in die Entwicklung strategischer Sektoren wie Digitaltechnik, Robotik und Künstliche Intelligenz, im zivilen und militärischen Bereich. Heute stammen 45 % der verkauften Elektroautos von chinesischen Herstellern.

Und auch der chinesische Bankensektor ist mittlerweile mit Abstand der größte der Welt. In Form von Schuldtiteln und Bankkrediten ist China zum größten öffentlichen Gläubiger der Welt geworden, weit vor multilateralen Institutionen wie der Weltbank oder dem IWF. Zudem gehört das Land zu den weltweit größten Produzenten von Energie- und Bergbau-Rohstoffen.

Kapitalismus und die KP

Unter den weltweit 500 größten Unternehmen (nach Umsatz) befinden sich mehr als 120 aus China, davon sind 91 Staatsunternehmen. Diese Staatsunternehmen sind die Speerspitze der expansiven Politik der chinesischen Führung und der Investitionen in die Wirtschaft. Natürlich handelt es sich trotzdem weder um Sozialismus noch Kommunismus, es herrschen ganz klar kapitalistische Verhältnisse vor. Der repressive Staatsapparat unter Kontrolle der KP hat bei der langsamen und schrittweisen Transformation der Wirtschaft immer Macht und Kontrolle behalten – bis heute. Dieser Weg steht damit auch im Gegensatz zu Russland, wo nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung das entstandene Vakuum von einer überschaubaren Anzahl Oligarch:innen dazu genutzt wurde, sich unkontrolliert zu bereichern.

Auch in China ist eine neue Elite aus hohen Parteifunktionär:innen und privaten Unternehmer:innen entstanden, die unglaublichen Reichtum angehäuft haben. Kapitalist:innen genießen große Freiheiten, so lange sie nicht zu sehr nach Autonomie streben, Verbindungen zum richtigen „Clan“ innerhalb der KP haben und mit ihren Geschäften nicht die Wirtschaft destabilisieren.

Einige Ziele der chinesischen Führung sind die Stärkung der Binnennachfrage, eine Reduktion der Abhängigkeit sowohl von Importen als auch von Investitionsentscheidungen ausländischer Kapitale sowie der Ausbau des wirtschaftlichen und politischen Einflusses im Ausland.

Dieser Weg wird erst recht weiter beschritten, seit Trump den Handelskrieg begonnen hat, der von Biden fortgesetzt wird, mit Zollerhöhungen, Geldstrafen und Importverboten.

Eine neue Weltordnung

Der Aufstieg Chinas ist Ergebnis einer besonderen historischen Konstellation, Chinas spezifischem Entwicklungsweg und den gegebenen Voraussetzungen (Größe, Rohstoffe, Bevölkerung). Das Land hat sich nach der Bauernrevolution unter Mao 1949 vom Druck des imperialistischen Weltmarkts gelöst. Aus dieser Position war seine Politik der langsamen und kontrollierten Öffnung und Integration in den Weltmarkt von Erfolg gekrönt – nach kapitalistischen Maßstäben, natürlich nicht in einem kommunistischen Sinne, ganz egal, wie sich die herrschende Partei nennt.

Der Aufstieg Chinas ist letztlich nur im Zusammenhang mit der Veränderung der US-Hegemonie und dem relativen Bedeutungsverlust der USA und Europas im Laufe der letzten Jahrzehnte zu verstehen. Der Anteil aller EU-Länder an der Weltwirtschaft ist von über 1/3 (in den 1970/80ern) bis auf heute unter 1/4 gesunken. Der Anteil der USA sank im selben Zeitraum von 1/4 auf rund 1/5. Umgekehrt konnte sich China in diesem Zeitraum von rund 1 % auf rund 18 % steigern – und liefert sich damit ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den USA um den Platz als größte Wirtschaftsmacht.

Hintergrund für den Aufstieg Chinas bildet die „Globalisierung“, also Kapitalexport westlicher Imperialismen in Länder des globalen Südens und die Verlagerung von industrieller Produktion dorthin. Diese „Standortverlagerungen“ führten zu einer Änderung der globalen Arbeitsteilung und brachten den westlichen Konzernen aufgrund geringerer Arbeitskosten satte Profite ein. Diese Strategien waren ein Mittel, die dominante Rolle des Westens aufrecht zu erhalten und zu erneuern, auch indem Krisentendenzen in Länder der „Peripherie“ ausgelagert werden konnten. Während diese Zielländer fast alle in ihrer abhängigen und untergeordneten Position blieben, gelang es China jedoch, selbst zu einer imperialistischen Macht aufzusteigen. Der Entwicklungsweg Chinas ist das paradoxe Ergebnis des Erfolgs der westlichen Imperialismen in den letzten Jahrzehnten – die Geister, die sie gerufen haben, werden sie nun nicht mehr los. Die Karten auf der imperialistischen Weltbühne werden heute endgültig neu gemischt. ■

Johannes Wolf, Wien
und
Richard Lux, Berlin

» Hintergrund für den Aufstieg Chinas bildet der Kapitalexport westlicher Imperialismen in Länder des globalen Südens. Diese ›Standortverlagerungen‹ brachten den westlichen Konzernen aufgrund geringerer Arbeitskosten satte Profite ein. «

Neue Seidenstraße und chinesischer Imperialismus

Der Aufstieg Chinas zu einer Großmacht hat auch die Außenpolitik des Landes und seine Rolle in der Region und in der Welt stark verändert. Nicht anders als westliche Imperialismen setzt China auf die Eroberung neuer Märkte, Investitionen im Ausland und den Zugang zu wichtigen Rohstoffen.

Dabei geht es sowohl um die Sicherung und den Aufbau von wirtschaftlicher und militärischer Infrastruktur als auch darum, weitere Länder in den Einflussbereich bzw. die Abhängigkeit Chinas zu ziehen. Das passiert etwa über Kredite für Länder in Krisensituationen, die im Gegenzug Rohstoffe, Zugang zu lokalen Märkten und politischen Einfluss gewähren (müssen). Es bietet auch Möglichkeiten lukrative Geschäfte zu machen.

Ein zentraler Eckpfeiler dieser Politik ist das Projekt „Neue Seidenstraße“, dass 2013 vom heute noch amtierenden Präsidenten Xi Jinping ins Leben gerufen wurde. Angelehnt an die Handelsrouten der antiken Seidenstraße soll es ein riesiges Infrastrukturnetz bilden, das China mit Europa und dem Nahen Osten, ja sogar im weiteren Sinne mit der ganzen Welt verbindet. Hinter dem auch als „Belt and Road Initiative“ (BRI) bezeichneten Projekt stehen verschiedene Ziele und Absichten.

Ein Ziel ist die wirtschaftliche und infrastrukturelle Erschließung von Chinas Westen, denn die Industrialisierung war zunächst weitgehend auf die Küstenregionen im Osten beschränkt. Im Westen werden heute, zu geringeren Kosten als im Osten, Waren für den Export und den Binnenmarkt hergestellt. Die nordwestliche Region Xinjiang bildet die Schnittstelle zu acht Grenzstaaten und ist somit von strategischer Bedeutung. Um die Kontrolle der Zentralregierung dort sicherzustellen, kommt es zu gezielter Kolonisierung durch ethnische Han-Chines:innen und einer heftigen Unterdrückung der Uigur:innen.

Im angrenzenden zentralasiatischen Raum ist China in den letzten zwei Jahrzehnten zum wichtigsten Handelspartner aufgestiegen. Durch die Entwicklung der BRI dringt China noch weiter in den Einflussbereich Russlands vor, wobei es aus verschiedenen Gründen auf gute Beziehungen zu Russland achtet. Nicht zuletzt, weil einige der Transportrouten durch Russland verlaufen. Zentralasien ist auch in Hinblick auf die Versorgung mit Rohstoffen, Mineralien, Energie oder Agrarprodukten von Bedeutung.

Die neuen Transportrouten sollen nicht nur den Handel beschleunigen, sondern auch die eigene Kontrolle über die Handelsrouten stärken. Während der Transport nach Europa über den Seeweg zwischen 45 und 60 Tagen dauert, könnte es über Landwege der BRI in Zukunft nur 16 Tage dauern. Die Strategie ist auch eine Möglichkeit, den Einfluss der USA zu umgehen, der in Zentralasien weit weniger ausgeprägt ist als im Chinesischen Meer. Chinesische Reedereien erwerben deswegen auch Hafenterminals im Mittelmeer (allen voran Piräus/Athen) und in Asien (z. B. Pakistan), die über den Landweg der Neuen Seidenstraße mit China verbunden werden können. Hinzu kommt ein Netz aus Öl- und Gaspipelines.

Diese expansive Politik Chinas ist der nächste logische Schritt des ökonomischen Aufstiegs. Es ist gleichzeitig eine Absicherung der eigenen Stellung im imperialistischen Weltsystem, wie auch eine Antwort auf die zunehmenden Spannungen und Kämpfe um Einflusszonen und Absatzmärkte mit dem Westen. Denn Deutschland und die EU verfolgen ihrerseits ganz ähnliche Pläne: Die Initiative „Global Gateway“, die von der deutschen Außenministerin Baerbock Anfang November in Kasachstan beworben wurde, soll 300 Milliarden Euro in Infrastrukturprojekte im „globalen Süden“ pumpen, um europäisch kontrollierte Transportrouten für Rohstoffe, Energie und Waren auszubauen.

Egal ob militärisch oder ökonomisch: Die inner-imperialistische Konkurrenz verschärft sich!

Militärische Konkurrenz und Spannungen um Taiwan

Der Aufstieg Chinas ist auch außenpolitisch und militärisch bedeutsam. Während Deng Xiaoping, der Führer, der die wirtschaftliche Öffnung Chinas Ende der 1970er Jahre einleitete, noch davon sprach „seine Talente zu verstecken und auf seine Stunde zu warten“, kündigte der jetzige Präsident Xi Jinping an, China bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts zur führenden Weltmacht vor den USA zu machen. Dafür wird auch militärisch aufgerüstet.

China verfügt heute nach den USA über die zweitgrößte Armee der Welt. Diese ist sogar die weltgrößte, was die Truppenstärke und die Anzahl der Schiffe angeht. 2021 betrug das Militärbudget (Schätzung von SIPRI) 293 Mrd. US-Dollar, gegenüber 801 Mrd. seitens der USA.

Damit steht China in Asien an erster

Stelle, weit vor Indien (77 Mrd.), Russland (66 Mrd.) und Japan (54 Mrd.). China ist seit langem eine Atommacht, verfügt allerdings nur über einen Bruchteil der Menge an Atomraketen, welche die USA und Russland auf Lager haben.

Die chinesische Militärflotte ist seit 2019 vor der amerikanischen die größte der Welt (350 Schiffe gegenüber 293), dank eines beeindruckenden Bautempos der chinesischen Werften. Hinzu kommt noch die ebenfalls modernisierte größte Küstenwache der Welt – mit 255 Schiffen, darunter 130 großen –, die im Chinesischen Meer die Rolle eines Gendarmen spielt.

Die USA betrachten China mittlerweile als potenziellen Hauptfeind und haben ihre Seestreitkräfte strategisch neu ausgerichtet: 60 % der US-Flotte wurden in den asiatisch-pazifischen Raum verlegt, was zu Lasten Europas geht. Ebenso haben die USA vermehrt Militärabkommen mit Ländern der Region unterzeichnet: einerseits mit den ASEAN-Staaten (Indonesien, Malaysia, Thailand, Vietnam, Philippinen), aber auch der gegen China gerichtete Viererbund „Quad“ mit Japan, Australien und Indien wurde wiederbelebt.

Die militärische Aufrüstung auf beiden Seiten richtet sich größtenteils nach dem Rivalen. Die globale militärische Überlegenheit der USA ist bis auf Weiteres unbestritten, sie müssen aber mit einer schnellen Entwicklung der chinesischen Streitkräfte und der Fähigkeit rechnen, sehr schnell und in großen Mengen zu produzieren.

Worum geht es in Taiwan?

Der Besuch der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi auf Taiwan im August 2022 wurde von der chinesischen Regierung als Provokation aufgefasst. Warum stand ausgerechnet diese Insel im Mittelpunkt von Rivalität und beidseitigem Säbelrasseln?

Taiwan hat 23 Millionen Einwohner und liegt 130-180 km vom chinesischen Festland entfernt. Seit 1949 beherbergt es die Überreste der alten „Republik China“, die durch die Machtübernahme der KP Chinas in der maoistischen Revolution vom chinesischen Festland vertrieben wurden. Sie ist ein Brückenkopf des Westens vor den Toren Chinas und hat ein großes geopolitisches Gewicht: Zusammen mit den anderen Inselgruppen vor der Küste Chinas – von Japan im Norden bis nach Malaysia im Süden –, die alle mit den USA verbündet sind, lässt sich der für Chinas Außenhandel so wichtige Seeweg kontrollieren. Deshalb ist für China die Taiwanfrage so ein Politikum.

Deshalb auch wurde die traditionelle Unterstützung der USA für Taiwan in den letzten Jahren verstärkt, mit einer Erhöhung der US-Waffenverkäufe um mehr als 13 Milliarden US-Dollar zwischen 2017 und 2020.

Die Straße von Taiwan ist auch eine wichtige Schiffspassage für den Binnenhandel zwischen dem Süden und Norden Chinas, insbesondere für Energielieferungen. Für China könnte Taiwan im Falle einer Eroberung eine erweiterte Expansionsbasis, eine Festung und ein Durchbruchspunkt zum Pazifik sein.

Taiwan ist auch wirtschaftlich von Interesse: Die Insel ist 2021 in die Top 10 der Rangliste der digitalen Wettbewerbsfähigkeit aufgestiegen (derzeit auf Platz 8) und ist weltweit führend in der Herstellung von Halbleitern, die (nicht nur) China benötigt. Daher versucht China, in Taiwan ausgebildete Ingenieure anzuwerben. Weil die beiden Volkswirtschaften miteinander verflochten sind, konnte es sich in der Vergangenheit auf einen Technologietransfer verlassen, aber Taiwan hat vor kurzem Gesetze zur Bekämpfung von Industriespionage eingeführt (im Januar 2022 ein Gesetz, das die Weitergabe von Geschäftsgeheimnissen und kritischen Technologien an China verhindert).

Sowohl im Ostchinesischen Meer, das an Japan grenzt, als auch im Südchinesischen Meer mit Vietnam, Malaysia und den Philippinen als – neben China – größten Anrainerstaaten gibt es Grenzkonflikte um einzelne (zum Teil unbewohnte) Inseln und die dazugehörigen Seegrenzen bzw. Hoheitsgewässer. Daran hängen Nutzungsrechte (für Fischfang, Schifffahrt, usw.), aber auch strategische Interessen als mögliche Marinestützpunkte. China dominiert mittlerweile faktisch das Südchinesische Meer. Im Jahr 2017 wurde ein Rahmenabkommen verabschiedet, doch genauere Texte lassen auf sich warten. Es wird vermutet, dass Peking mehr an den Verhandlungen als an deren Abschluss interessiert ist: Dies zwingt die betroffenen Länder, auf gutem Fuß mit China zu stehen, und macht gleichzeitig deren Spaltungen untereinander deutlich.

Im Oktober haben die USA ihre neue Militärstrategie öffentlich vorgestellt. Darin wird China als „dauerhaft größte Bedrohung“ bezeichnet. Was wir aber sagen können: In den letzten 10 Jahren sind die weltweiten Militärausgaben (inflationsbereinigt!) um 12 % gestiegen. Ganz sicher ist dieses imperialistische Wettrüsten – von allen Seiten – die dauerhaft größte Bedrohung für Frieden und Freiheit aller Völker der Welt! ■

Johannes Wolf, Wien
und
Richard Lux, Berlin

Inflation
Döner mit alles – wie teuer wird's noch?

Die aktuelle wirtschaftliche Situation ist von einer seltsamen Zweiteilung geprägt. Auf der einen Seite gibt es sehr große Konzerne verschiedener Branchen, die in Bezug auf Umsätze und Gewinne Erfolgsmeldungen verkünden. Auf der anderen Seite steigen für die Bevölkerungen die Preise immer weiter und ein Ende ist nicht in Sicht. Während in Schwellenländern schon länger Inflationsraten von 30 oder 40 % das Leben schwer machen, erleben wir neuerdings eine Inflation, die sich sogar in den großen Wirtschaftsmächten wie z. B. Deutschland festgesetzt hat. Als Haupterklärung verweisen Ökonom:innen und Politiker:innen auf den Überfall Russlands auf die Ukraine. Aber das erklärt nicht alles, eigentlich fast nichts. Was wir seit 2020 an Preissteigerungen erleben, hat in erster Linie was mit dem unplanbaren chaotischen Kapitalismus zu tun.

Seit 2020 immer aufwärts bis wohin?

Wenn wir auf die Preissteigerungen für die Arbeiter:innenklasse als Verbraucher gucken, kann man in der Tat den Eindruck haben, dass der Krieg gegen die Ukraine der Auslöser war, weil das zeitlich zusammenfällt. Und Politiker:innen nehmen das Offensichtliche gerne als einfache Erklärung, um Putin als Alleinverantwortlichen zu dissen und gleichzeitig von den Arbeitenden Opfer zu fordern, die sich mit Krieg und Krise – vielleicht – leichter erpressen lassen.

Aber gegen die Erklärung, die Inflation sei direkte Folge des Ukraine-Krieges, spricht zum einen, dass die außergewöhnlichen Preissteigerungen in bestimmten Sektoren auf dem Weltmarkt bereits 2020 begannen. Auch die Weltmarktpreise für Lebensmittel stiegen bereits 2021 rasant.

Zum anderen führte der Krieg selbst nur zu einer geringen tatsächlichen Verknappung von Erdöl und Erdgas oder Getreide und anderen Agrarprodukten auf dem Weltmarkt. Und die USA sind selbst gar nicht von den unmittelbaren Folgen des Energiekrieges betroffen, und trotzdem ist die Inflation ähnlich hoch wie in Europa.

Bedeutender für diese neue Inflation sind drei Aspekte: Ausgangspunkt der Preissteigerungen sind vor allem der Energiemarkt (Erdöl/-gas) und der güterproduzierende Sektor. 2020 fuhr die Weltwirtschaft nach den weltweiten Lockdowns wieder hoch, je nach Region und Branche unterschiedlich und völlig unkoordiniert, wie das eben im Kapitalismus so ist. Eine steigende Nachfrage stieß dann auf Schwierigkeiten in den Lieferketten. Und in den dabei relevantesten Branchen traf die steigende Nachfrage zugleich auf einen Markt, der inzwischen von sehr wenigen, sehr großen internationalen Konzernen dominiert wird. Diese Unternehmen nutzten ihre Machtstellung aus, um Preise zu erhöhen, unabhängig von den realen Kostensteigerungen. Hinzu kommt, dass große Konzerne und Kapitalist:innen allgemein über sehr viele freie Finanzmittel verfügen, die schon seit Jahren immer weniger produktiv investiert werden können, weil die Profitraten zu gering sind, und daher bevorzugt spekulativ angelegt werden.

» Es gibt marxistische Ökonom:innen, die das Ganze als ›Profit-Preis-Spirale‹ bezeichnen. Selbst etablierte Mainstream-Ökonom:innen können nicht die außergewöhnlichen Profite großer internationaler Konzerne ignorieren. «

Alles zusammen ergibt eine Situation, in der in bestimmten Branchen bestimmte Konzerne außergewöhnlich hohe Preise für Rohstoffe, Bauteile und Logistik von ihren Kund:innen verlangt haben und verlangen. Und diese haben dann – wenn möglich – die höheren Beschaffungspreise auf ihre Preise umgelegt und schröp-

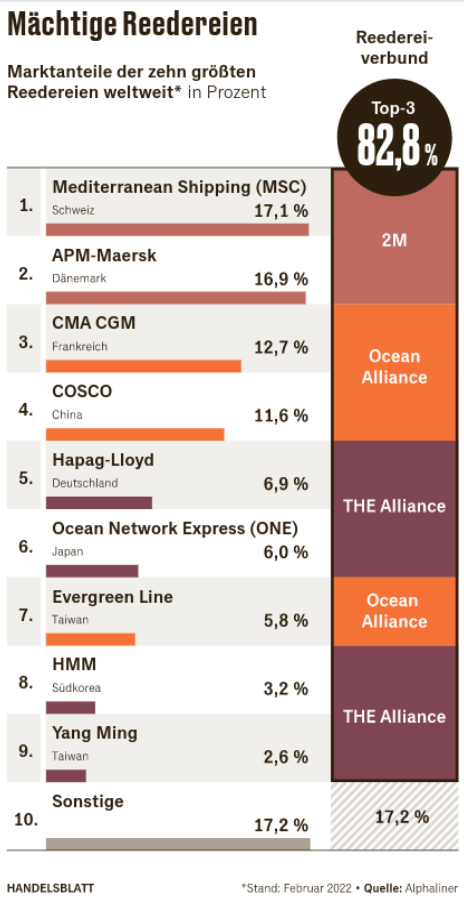
fen damit ihre Kund:innen und so weiter. Der Ukraine-Krieg verstärkte dann diese Situation. Und da in der heutigen Weltwirtschaft quasi alles von Erdöl und Erdgas abhängt, genauso von Transporten rings um den Erdball, kommen irgendwann die Preiserhöhungen dann bei den Heizkosten und beim Döner an.

Es gibt marxistische Ökonom:innen, die das Ganze als „Profit-Preis-Spirale“ bezeichnen. Selbst etablierte Mainstream-Ökonom:innen können nicht die außergewöhnlichen Profite großer internationaler Konzerne ignorieren.

Ein Beispiel: Die Profit-Preis-Spirale auf den Weltmeeren

Seit 2020 machen die Reedereien enorme Gewinne, als nach den weltweiten Corona-Lockdowns die Weltwirtschaft wieder hochfuhr und die Nachfrage der Speditionen nach Frachtraum und Containern sprunghaft hochschnellte. Der Krieg in der Ukraine mit blockierten Seewegen tat dann sein Übriges. Den Spediteur:innen stehen aber nur noch eine Handvoll Reedereien gegenüber, die Containerschiffe und Container zur Verfügung stellen können: genau genommen 9 Unternehmen, zusammengeschlossen in nur drei Kartellen! Sie steuern 82 % des globalen Containervolumens über die Weltmeere. Die schiere Größe dieser Kartelle hat es ihnen ermöglicht, die Preise sagenhaft anzuziehen. So stiegen die Kosten für Container von 2.000 schließlich auf 12.000 Dollar bis sie wieder fielen. Der deutsche Reederei-Führer Hapag-Lloyd gehört zu den Kriegs- und Krisengewinnern. 18 Milliarden Euro netto wird der Konzern dieses Jahr Gewinn machen, mehr als VW. Die 10 größten Reedereien werden dieses Jahr auf 256 Milliarden kommen, nach 190 Milliarden letztes Jahr. Auch wenn diese Konzerne selbst höhere Kosten hatten, sie haben die eigenen Preise viel stärker erhöht und diktieren, welcher Spediteur welche Frachtrate zu welchem Preis bekommt. Wer das Schiff hat, hat die Macht! Mit dabei ein echter Hamburger HSV-Fan mit Sitz in der Schweiz: Klaus-Michael Kühne. Er hat sein Vermögen seit 2020 verdoppelt und kommt inzwischen auf 28,9 Milliarden Euro. Die Kohle macht er mit dem Logistikunternehmen Kühne+Nagel, der Hapag-Lloyd und der Lufthansa.

Handelsblatt-Grafik über Reederei-Monopole



Ein anderes Beispiel: Die steigenden Gaspreise ...

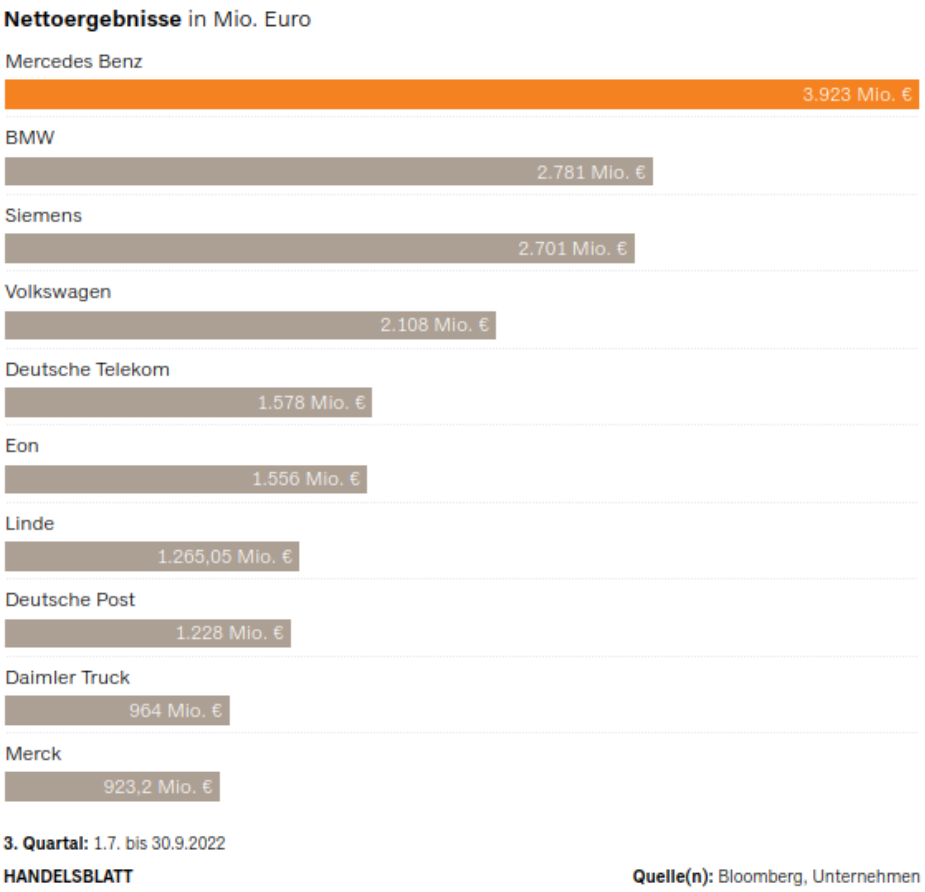
Als 2020 die Weltwirtschaft wieder hochfuhr, begann auch der Run auf Erdgas. Und so chaotisch, wie wir den Kapitalismus kennen, bedeutete das: wer zuerst kommt und am meisten zahlt, mahlt zuerst. Denn der Erdgasmarkt ist von wenigen Förderländern, sehr wenigen Energiekonzernen und sehr wenigen Großhändlern dominiert. Und alle Beteiligten ließen sich die steigende Nachfrage mit Extrapreisen bezahlen. Die Preise begannen also bereits 2020 in Europa zu steigen, aber auch in den USA, wenn auch dort weniger. Die LNG-Flüssiggas-Technologie, also die ziemlich teure und klimaschädliche Verflüssigung von Erdgas und der Transport auf Spezialschiffen, ermöglicht es, auch ohne Pipeline-Netzwerke, Erdgas weltweit zu verkaufen. Für große Händler lohnt es sich nun, in den USA einzukaufen und beispielsweise in Europa teurer zu verkaufen. Mit Beginn des Krieges gegen die Ukraine verschärfte sich die Situation, denn mit der Entkopplung Europas vom russischen Erdgas entstand eine echte Versorgungslücke. Vor allem die deutsche Wirtschaft mit seiner großen für Europa wichtigen chemischen und pharmazeutischen Industrie ist auf Erdgas angewiesen. In dieser Situation haben die EU bzw. Deutschland auf dem Weltmarkt alles an LNG-Gas gekauft, was nur ging, egal was es kostete. Das haben sich Energiekonzerne und Rohstoffhändler bezahlen lassen. Sie haben die Gelegenheit für extreme Preisaufschläge, die über den tatsächlichen höheren Kosten liegen, genutzt. Das erklärt die Preisexplosionen in diesem Sommer. Und weil Erdgas Ausgangsrohstoff für fast alle Produkte in unserer modernen Wirtschaft ist, weil sogar der Strompreis sich nach den höchsten Kosten für Gaskraftwerke richtet, wird alles in der Kette der Lieferanten und Zwischenhändler teurer bis es unseren Alltag erreicht.

Jetzt, wo die Erdgasspeicher in Europa zu 100 % gefüllt sind, sinken die Erdgaspreise an den internationalen Börsen rapide. Ist also das schlimmste vorbei? Wenn es nach den Energiekonzernen und Rohstoffhändlern geht, nein. Vor der Küste Europas schippern 34 Schiffe voller Flüssiggas aus den USA, Katar und Australien und warten, dass die Nachfrage wieder steigt und damit die Preise. Weitere Schiffe sind über den Atlantik unterwegs. Vor den westeuropäischen Häfen hat sich ein Erdgaslager im Wert von 3,4 Milliarden Dollar aufgebaut. Muss man noch erwähnen, dass Gas in Afrika und Asien fehlt, weil die bei der Preisschlacht nicht mithalten können?

und dazu die Erdölpreise ...

Bei Erdöl passierte was Ähnliches. Der globale Erdölhandel wird von der OPEC+ dominiert, in der sich 13 erdölfördernde Länder plus Russland zu einem Mega-Kartell zusammengeschlossen haben, um Fördermengen abzusprechen und damit Preise zu steuern. Anfang 2020, also als die Nachfrage wegen der Pandemie in den Keller ging, sanken die Preise rapide und sie reduzierten die Fördermengen. Mit dem Anstieg der Nachfrage 2020 drehten sie aber den Erdölhahn nur sehr langsam wieder auf, so dass sie hier einen „Flaschenhals“ schufen, der es ermöglichte, extra hohe Preise zu fordern, sicher nicht ohne Absprache mit den Erdölkonzernen. Als kürzlich die Erdölpreise wieder anfingen zu sinken,

Handelsblatt-Grafik über die Gewinne von führenden DAX-Unternehmen im dritten Quartal 2022.



reduzierte die OPEC+ wieder die Fördermengen, so dass die Preise stiegen.

…. und die Profite der Energiekonzerne

Dieser Raubzug hat Folgen für die Profite. Die „Big Five“ auf dem Weltmarkt – Chevron, Shell, TotalEnergies, BP und ExxonMobil – haben 2021 den Gewinn ihres Lebens gemacht: 82 Milliarden Dollar, das waren 2.600 Dollar pro Sekunde. Die europäischen Konzerne Shell, TotalEnergies, Eni und Repsol brachten es dieses Jahr bis September schon auf 78 Milliarden Dollar. Diese Mafia hat natürlich seit dem Ukraine-Krieg fast täglich die deutsche EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen besucht, um sie in der Energiekrise „zu beraten“ … Die Beratung zahlt sich aus.

In Deutschland steht der Energiekonzern RWE ganz vorne auf der Gewinnerliste, der dieses Jahr mit 1,5 Milliarden Euro mehr rechnet, als geplant. Der österreichische Öl- und Gaskonzern OMV hat dieses Jahr bis September 9,1 Milliarden Euro Gewinn eingefahren. Energiekonzerne sind wie die Deutsche Bank: wenn man genau hinschaut, überall nur organisiertes Verbrechen.

Wenn Getreide unbezahlbar wird

Die Nichtregierungsorganisation Oxfam beklagte im März 2022 die Explosion der Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt. Die UNO hatte für diesen Monat den höchsten Preisstand seit Beginn der Aufzeichnungen 1990 erfasst. Die hohen Preise lassen sich nicht allein mit den Dürren, Überschwemmungen und steigenden Transportkosten erklären, denn Oxfam wies darauf hin, dass in der Nahrungsmittelbranche zugleich riesige Gewinne gemacht und enorme Dividenden an Großaktionäre ausgezahlt werden. Als Beispiel nannte Oxfam die Firma Cargill, die zusammen mit drei weiteren Konzernen 70 % des globalen Marktes für landwirtschaftliche Produkte kontrolliert. Seit 2020 ist das Vermögen der Familie Cargill um 14,4 Milliarden Dollar gewachsen. Schlechte Ernten, „Versorgungsschwierigkeiten“, hohe Preise … hohe Gewinne! So sieht die Situation auf dem Nahrungsmittelmarkt aus.

Nur am Rande: Auch der deutsche Lebensmitteleinzelhandel wird von wenigen Konzernen dominiert: ganzen vier! Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland, etc.) dominieren 85 % des Lebensmitteleinzelhandels. Auch dort steigen die Profite und das Vermögen der reichsten Deutschen.

Hat Marx ja schon immer gesagt

Schon Karl Marx und Friedrich Engels haben im 19. Jahrhundert die Tendenz im Kapitalismus erklärt, dass immer weniger Unternehmen immer stärker die Märkte beherrschen werden. Die ständige Konkurrenz treibt die großen Konzerne zu immer größeren Vereinigungen. Später, Anfang des 20. Jahrhunderts, beschrieb Lenin die voranschreitende Verschmelzung von monopolistischen Großbanken und Industriellenverbänden zum Finanzkapital. Alle Macht den Konzernen, es lebe der Markt … diese Anbetung des Kapitals hören wir ständig. Das Ergebnis sehen wir: eine Krise nach der anderen.

Optimistische Prognosen gehen davon aus, dass die derzeitigen Preissteigerungen zwei Jahre anhalten. Aber diese „Expert:innen“ lagen schon 2021 mit ihren Prognosen falsch. Und inzwischen hat sich zu der Inflation noch eine ordentliche Rezession, also eine Schrumpfung der Wirtschaft, gesellt. Die Konzerne reagieren gegenüber der Arbeiter:innenklasse jedenfalls mit Lohndrückerei und Entlassungen. Es kann noch schlimmer kommen. Für die Lohnabhängigen stellt sich die Frage: wir oder sie?

Gegen die Preissteigerungen: Erhöhung der Löhne und früher oder später die ganze Abschaffung dieses irren kapitalistischen Systems, um ein organisiertes Wirtschaftssystem aufzubauen, das gar nicht erst Inflation und Krisen hervorbringt! ■

Sabine Müller, Berlin

Der blutige Poker um die Ukraine geht weiter

Auch der Krieg in der Ukraine, der schon 9 Monate andauert und 100.000 Todesopfer gefordert haben soll, ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund der weltweiten Konkurrenz der imperialistischen Großmächte, die den Schwerpunkt dieser Ausgabe der Aurora bildet.

In der letzten Ausgabe wurde ausführlich die umfangreiche NATO-Militärhilfe dargestellt. Die NATO ist längst *in dem Sinne* Kriegspartei, dass sie den Krieg gegen Russland willkommen heißt und aus eigenem Machtkalkül unterstützt.

Die rohstoffreiche und strategisch wichtige Ukraine wird seit langem vom Westen wie von Russland umworben, was zur Spaltung des Landes und zum Bürgerkrieg in der Ostukraine geführt hat. Dass Russland unter Putin sich im Februar zum militärischen Überfall entschlossen hat, ist vor allem Ausdruck der Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen.

In den 1990er Jahren unter Boris Jelzin und während der ersten Amtszeit Putins hat das postsowjetische Russland noch einen Platz als Juniorpartner der westlichen Großmächte in der kapitalistischen Weltordnung angestrebt (Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte 1997). Doch im Schatten des westlichen Imperialismus hätte Russland nur als abhängiger und ausgebeuteter Rohstofflieferant bestehen können.

Unter Putin entwickelte Russland ein neues Selbstbewusstsein als Energiegigant und militärische Großmacht. Das stieß immer wieder mit der Vormachtstellung des Westens und insbesondere den USA zusammen – u. a. 2008 im Georgien-Konflikt und 2014 in der Ukraine.

In Putins Weltsicht gehört die Ukraine zum russischen „Hinterhof“, den er kontrollieren möchte, ganz so wie die USA Lateinamerika. In der Folge der Majdan-Proteste 2014 sind in Kiew jedoch prowestliche Regierungen an die Macht gekommen, die sogar das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft in die Verfassung schrieben.

Putin reagierte mit der Annexion der Krim und der Unterstützung von Separatist:innen im Donbass. Anfang 2022 hoffte er, mehr erreichen zu können: Die USA hatten China zum Hauptfeind auserkoren, zudem war Europa, insbesondere Deutschland, stark von russischer Energie abhängig. So ist Putin vermutlich davon ausgegangen, dass er mit einem schnellen Überfall der Ukraine davonkommen würde und hat weder mit dem Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gerechnet noch damit, dass die NATO an ihm ein Exempel statuieren würde. Denn darum geht es: In der sich zuspitzenden internationalen Lage soll der zweitrangige russische Imperialismus von den (noch) vorherrschenden Supermächten in die Schranken gewiesen werden. Auch als Warnung an China und andere Länder. Deshalb die beispiellose militärische Unterstützung für die Ukraine.

Verlegung von US-Soldaten von Italien nach Lettland, Richtung Russland (Februar 2022)

Angesichts des Debakels hat Putin im September eine Mobilmachung russischer Reservist:innen beschlossen und mit „Referenden“ die besetzten Teile der Ukraine einfach Russland zugeschlagen. Auch um dann mit Atomwaffen zur Verteidigung „russischen Territoriums“ zu drohen. Trotzdem musste sich die russische Armee aus Cherson nun wieder zurückziehen.

In Russland ist die Mobilmachung unpopulär: Auch wenn unter Putins Diktatur der Krieg nicht kritisiert werden darf, sind diejenigen, die es sich leisten konnten, vor dem Militärdienst geflohen. Und letztlich ist das die größte Hoffnung auf Frieden: Dass die Russ:innen nicht mehr bereit sein könnten zum „Brudermord“ an der ukrainischen Bevölkerung.

Im westlichen Lager werden erste Stimmen laut, die über Verhandlungen mit Putin nachdenken, was auch zeigt, dass die Ziele des imperialistischen Westens nicht eins zu eins mit denen Selenskyjs übereinstimmen.

Doch die Imperialist:innen auf allen Seiten sind immer bereit, mit dem Feuer zu spielen, wenn es um ihre Machtinteressen geht. Dabei sollte man Putins Drohungen mit Atomkrieg nicht auf die leichte Schulter nehmen. Dieser barbarische Krieg stellt nicht nur eine Warnung vor dem 3. Weltkrieg dar, sondern ist eine tägliche Erinnerung, dass Frieden nie von Dauer ist, solange wir den Kapitalismus nicht stürzen! ■

Richard Lux und Lorenz Wassier, Berlin

Das Ringen um Macht

Blockkonfrontationen auf dem afrikanischen Kontinent

Die Entwicklung der Blockkonfrontation hat sich auch auf einem nicht ganz neuen Schauplatz breit gemacht. China trifft dabei auf die alten Kolonialmächte Frankreich und England, die zusammen mit den USA und Deutschland noch immer flächendeckend den Ton angeben. Doch die Lager verschieben sich zunehmend zugunsten Chinas und zwingen die alteingesessenen Profiteure, sich neue Strategien zu überlegen.

So nun auch Annalena Baerbock[1], die ankündigt, es brauche eine „neue Afrika -Strategie“ - verbunden auch mit einer Auseinandersetzung mit der eigenen kolonialen Vergangenheit. Das ist natürlich nicht uneigennützig gesprochen. Zum einen ist nach wie vor die Verankerung vor Ort durch die Vergangenheit gegeben und zum Beispiel Frankreich hat traditionell vor allem in West- und Zentralafrika dominiert und die Ausbeutungsmechanismen sind Erbe der Kolonialzeit. So profitiert Frankreich nach wie vor von Abkommen, die sie gegen die Unabhängigkeit eintauschten. Sie fördern Rohstoffe weit unter Weltmarktpreis und kontrollieren die Wirtschaft von 14 afrikanischen Staaten mit der Währung Franc CFA[2]. Recht komfortabel also. Doch auch Frankreich muss sich damit auseinandersetzen, dass immer mehr Staaten sich gerade in Hinblick auf die koloniale Vergangenheit nicht mehr so ganz ohne Weiteres ausbeuten lassen wollen, und so präsentiert sich China mit weißer Weste, denn sie haben einen entscheidenden Vorteil: Keine schmutzige Vergangenheit vor Ort. In seiner „Afrika-Strategie“ setzt der chinesische Staat auf zahlreiche Faktoren.

An erster Stelle steht der zunehmende Bedarf an Rohstoffen, die Chinas Industrie benötigt. Diese importieren sie zu großen Teilen aus Zentralasien, aber eben auch aus Afrika. So war Angola 2006 der größte Erdöllieferant Chinas und ist nach wie vor auf Platz Fünf in diesem Ranking. Um den Transport zu gewährleisten, investiert China auch in die Infrastruktur (das betrifft neben Angola hauptsächlich auch Äthiopien, Ghana, Kenia, DR Kongo, Kamerun, Nigeria und Sudan), vor allem in Eisenbahnstrecken und Häfen; der Hafen in Dschibuti wird von einem chinesischen Unternehmen geführt und eine Bahnstrecke soll Kenias Süden von der Küste bis Burundi vernetzen. Diese Investitionen und „Entwicklungshilfe“ werden in der Regel durch mehrjährige Kredite getätigt, die die Staaten bei einer chinesischen Bank aufnehmen, Absicherung sind Rohstoffvorkommen und die Aufträge werden dann auch an chinesische Firmen vergeben: Es entsteht ein Kreislauf der Abhängigkeit.

In anderer Form ist China auch in Konsumgütern vertreten, denn sie importieren zahlreiche bezahlbare Produkte. Geld fließt nicht nur hinein, sondern auch wieder heraus.

Um diesen Fluss von Handel und Rohstoffexport aufrecht zu erhalten, sichert sich China mit einer Militärbasis in Dschibuti, am Horn von Afrika, ab. Sie soll vor Piraterie schützen und den Zugang zum Suezkanal gewährleisten. Zahlreiche andere Staaten haben vor Ort ebenso eigene Militärbasen, darunter auch Deutschland. China also profitiert von Afrika ohne die schmutzige Kolonialvergangenheit und hat den Ruf, sich weniger in das politische Geschehen der Staaten einzumischen. Doch es gibt nichts umsonst und auch von dieser Seite werden Gegenleistungen erwartet werden. China etabliert sich zwar zunehmend, nach wie vor sind die USA aber Spitzenreiter. Grundsätzlich ist und bleibt Afrika ein umkämpfter Kontinent und das Interesse an geostrategischer Positionierung und dem Handel mit Rohstoffen wird gerade auch im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine wieder wichtiger. Westliche Staaten werden in den kommenden Jahren wieder verstärkt versuchen, ihre bisherige Positionierung zu verteidigen und auszubauen und dies wird zwangsläufig auch zu Konflikten zwischen den Blöcken und den Staaten führen. In diesem Ringen um Macht wird schlussendlich jedoch die Bevölkerung vor Ort zerrieben. ■

Maria Brücke, Berlin

1 Außenministerin Deutschlands, Bündnis90/Die Grünen

2 Der *Franc de la Coopération Financière en Afrique* ist eine an den Euro gebundene Währung, mit deren Hilfe Frankreich auch nach der politischen Unabhängigkeit weiterhin die Finanzen kontrollieren kann

Gegen Imperialismus, Krieg und Kapitalismus

Wie sich die Dinge auf unserem Planeten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln werden, lässt sich natürlich nicht genau vorhersagen. Es lassen sich aber ganz klar bestimmte Tendenzen und Dynamiken ausmachen, die sich sowohl aus den grundlegenden Widersprüchen des Systems als auch der aktuellen Konstellation ergeben. Die Geschichte des imperialistischen Weltsystems hat gezeigt, dass es im Rahmen des Kapitalismus keine Lösung gibt.

Die Nachkriegsordnung unter US-Hegemonie war für einige Jahrzehnte stabil und stark genug, um der dramatischen Zuspitzung der Widersprüche entgegenzuwirken und genug Ventile zu bieten, um Druck aus dem System abzulassen. Heute sehen wir jedoch, dass diese Fähigkeit zusehends verloren geht und sich, wie schon in früheren Phasen des imperialistischen Weltsystems, die Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten strukturell verstärken.

Die Verlierer:innen des imperialistischen Wettkampfes und der kapitalistischen Krisen sind die Arbeiter:innen, Armen und Unterdrückten weltweit. Sie dürfen sich vor allem nicht vor den Karren des eigenen Imperialismus spannen lassen, egal ob im Namen von „Demokratie“, Religion oder Nationalismus. Denn damals wie heute sind die beteiligten Großmächte nur zwei Seiten der gleichen Medaille.

Es geht somit auch nicht darum, die scheinbar skrupelloseste imperialistische Großmacht als Hauptfeind auszumachen. Die Frage ist nicht, ob die Folterungen der US-Armee im Irak schlimmer waren als die Internierung der Uigur:innen durch China und die Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine heute. Imperialismus ist Teil der kapitalistischen Realität, das heißt auch seine Krisen, Zerstörungen und Kriege. Eine wirkliche Perspektive bietet nur die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus durch Kämpfe der Arbeiter:innen und anderer unterdrückter Menschen.

Für uns gilt daher nach wie vor die alte Formel: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Es ist die „eigene“ kapitalistische Klasse (Bourgeoisie), die für die Angriffe auf uns Lohnabhängige verantwortlich ist und unsere Lebensbedingungen weiter verschlechtern will. Es sind die Kapitalist:innen des Westens, die seit Jahrzehnten mittels Standortverlagerungen Arbeitsplätze vernichten, Löhne drücken und Arbeitsbedingungen verschlechtern. Damit haben sie gutes Geld im Ausland verdient und dabei regelmäßig autoritäre Regime gestützt und finanziert. Heute, wo nicht alle Geschäfte mehr so rund laufen und ihnen ernsthafte Konkurrenz erwachsen ist, schreien sie nach Zöllen und Einfuhrbeschränkungen sowie Aufrüstung, Abschottung und Hilfsgeldern. Hinter diesem beginnenden Wirtschaftskrieg zeichnet sich bereits der Weg zu einer militärischen Konfrontation ab.

Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg ist mit dem Kampf gegen die eigene Ausbeutung und für die Sicherung des eigenen Lebensstandards verbunden. Wenn die Arbeiter:innen gegen ihre „eigene“ Bourgeoisie Erfolge erringen können, haben sie nicht nur für sich selbst etwas gewonnen, sondern schwächen auch die imperialistischen Ambitionen „ihrer“ Bourgeoisie.

Klimawandel, Krieg, Flucht und Vertreibung, Krise, Teuerung, Repression, Rassismus, Frauenunterdrückung etc.: Die Ursache für den allumfassenden Krisenmodus, in dem wir heute leben, sind letztlich die kapitalistischen Verhältnisse selbst – und sowohl die Ursachen all dieser Probleme als auch ihre Lösung hängen zusammen. Letztlich braucht es einen Sturz der Kapitalist:innen und ihrer Regierungen, sowohl um den irrwitzigen Kapitalismus durch eine solidarische Produktion für unsere Bedürfnisse abzulösen als auch um Kriege zu beenden und zu verhindern.

» Die Ursache für den allumfassenden Krisenmodus, in dem wir heute leben, sind letztlich die kapitalistischen Verhältnisse selbst – und sowohl die Ursachen all dieser Probleme als auch ihre Lösung hängen zusammen. «

Für unsere politische Praxis bedeutet das:

- Unterstützung und Organisierung von Kämpfen der Arbeiter:innen
- Anprangern der reaktionären und heuchlerischen Politik der eigenen Bourgeoisie
- Solidarität mit und Unterstützung von Kämpfen von Arbeiter:innen und Unterdrückten gegen die autoritären Regime in ihrem Land (wie etwa gerade im Iran), gelebter Internationalismus. ■

Johannes Wolf, Wien

Gegen die Klimakatastrophe:
Das System überwinden oder nutzen?

Auf der UN-Klimakonferenz (COP27) haben sich Ende November Vertreter:innen von 190 Ländern versammelt. Diese Prominenz behauptet wieder mal, die globale Erwärmung auf 1,5°C begrenzen zu wollen. Wissenschaftler:innen gehen aber bereits von einer Erwärmung von 2,4°C aus. Die COP haben nie ihre Ziele eingehalten. Was also für eine eklige Heuchelei. Auf der einen Seite macht die Gruppe „Letzte Generation“ durch Skandal-Aktionen von sich reden. Auf der anderen haben sich in Berlin Aktivist:innen vorgenommen, einen Volksentscheid — Berlin klimaneutral 2030 — durchzusetzen. Alle suchen leidenschaftlich nach dem effizientesten Weg.

Die Folgen einer Erwärmung über 2,4°C sind schwer vorstellbar. Der Meeresspiegelanstieg oder Dürren werden nicht allmählich schlimmer, sondern es gibt bestimmte Kipppunkte, die die Erderwärmung beschleunigen werden, besonders betroffen sind die armen Länder. Die Zukunft von Milliarden von Menschen steht auf dem Spiel. 2019 demonstrierten Millionen Jugendliche in der Welt gegen die Klimapolitik der Herrschenden. Inzwischen sind in Österreich und in Deutschland die Grünen in den Regierungen. „Fridays for Future“ hat an Kraft verloren, ein Teil der Klimabewegung dagegen hat sich radikalisiert.

Indem sie sich auf Straßen kleben oder Kunstwerke mit Kartoffelbrei beschmieren, hat die „Letzte Generation“ in Europa ihr Ziel erreicht, dass die Medien den Skandal der Klimazerstörung erwähnen. Ob diese einzelnen Held:innen aber die breite Menge mit sich reißen können, ist fraglich. Die Regierungen haben es leicht, sich dagegen als Vertreter der Vernunft – wenn nicht sogar der Ordnung – zu präsentieren. Die hochprofitable Automobilindustrie bleibt von solchen Aktionen unangetastet und das Bild, das vermittelt wird, ist eher das der persönlichen Verzweiflung.

Ist die Tür der „Demokratie“ noch offen?

In Berlin haben Klimaaktivist:innen 262.968 Unterschriften gesammelt für einen Volksentscheid, der die Stadt Berlin 2030 klimaneutral machen soll. Diese Aktion hat damit eine konkrete Forderung auf die Tagesordnung gebracht. Die Effektivität eines Volksentscheids ist

Besetzungen an der TU Berlin (oben) und Uni Wien (unten)

aber nicht so einfach wie es auf dem Papier steht. Gegen die krassen Mieterhöhungen in Berlin gab es vor einem Jahr schon einen erfolgreichen Volksentscheid für die Enteignung der größeren Wohnungskonzerne. Aber die Berliner Bürgermeisterin hat sofort klar gemacht, dass sie das nicht umsetzen wird. Seitdem wird die Verfassungskonformität geprüft … Wenn die Politik was nicht will – und der Druck von der Straße ausbleibt – findet sie immer bei Jurist:innen die nötige Hilfe.

Wie kann sich die Empörung ausbreiten?

Zu Recht gibt es in der Klimabewegung das Gefühl festzustecken. Der Spruch „System Change“ ist die richtige Antwort. Ob dies einen Ausstieg aus dem Kapitalismus bedeutet, bleibt aber unklar. Die Gruppe „Letzte Generation“ schreibt zum Beispiel an die deutsche Regierung, sie habe „hohen Respekt vor Ihren Anstrengungen, […] eine Krise nach der anderen zu bewältigen“. So eine schmeichelnde Verehrung steht im frontalen Widerspruch zu „System Change“! Ja, die Regierungen strengen sich an … die Profiteure vor der nötigen Umstellung der ganzen Wirtschaft zu schützen!

Die dringende Ökorevolution, die wir brauchen, wird erst kommen, wenn die Bevölkerung in der Welt aktiv wird. Dafür müssen wir Klimagerechtigkeit wirklich ernst nehmen. Im Gesetzentwurf für ein klimaneutrales Berlin wird damit gerechnet, dass die Warmmieten steigen werden. Sollen also die zukünftigen Gewinne der Energiekonzerne respektiert werden? Jede Teuerung – ob durch „den Markt“ oder durch eine CO2-Bepreisung [1] – muss vom Tisch! Die riesigen Vermögen in dieser Welt müssen dafür herhalten. Nur unter dieser Bedingung wird eine breite Klimaschutzbewegung sich entwickeln können, die aber dann zwangsläufig antikapitalistisch sein wird. ■

Lorenz Wassier und Karl Gebhardt, Berlin

1 siehe unsere Broschüre mit dem Titel „Wäre das Klima eine Bank, wäre es schon gerettet“

Über Zornesfalten und das »schöne Leben«

Rezension des neuen Films von Ruben Östlund: „Triangle of Sadness“

Reiche Menschen, schöne Menschen, eine Luxusjacht, reichlich Wind und immer wieder eine unerwartete Wendung. So lässt sich der neue Film von Ruben Östlund ganz knapp zusammenfassen. In „Triangle of Sadness“ widmet er sich der Welt der Reichen, der in Form einer Farce die gesellschaftlichen Gegensätze und das sogenannte „obere ein Prozent“ zeigt. So entlarvt er die Hohlheit und Absurdität der Lebensweise dieser Menschen.

Doch von Anfang an: Im ersten Teil zeigt uns der Film die Modewelt. Carl und Yaya sind Models, doch als Mann verdient Carl nur circa ein Drittel von dem, was seine weiblichen Kolleginnen in der Modelwelt bekommen. Und so geht es im ersten Teil um Gleichheit. „We are all equal“ – so steht es groß auf der Leinwand einer Modenschau und es ist für alle offensichtlich, dass das nicht stimmt. Und so streiten sich dann auch Carl und Yaya – über Gleichheit. Er soll das Abendessen bezahlen, dabei verdient er weniger Geld. Sie nennt ihn geizig und er sie oberflächlich. Er möchte gleichwertig behandelt werden und sie eigentlich auch. Ohne Ausgang streiten sie sich und landen schließlich im zweiten Teil, auf einer Luxuskreuzfahrt, zu der sie wegen ihrer Reichweite eingeladen wurden. Der Blickwinkel wird weiter, und wir sehen nicht mehr nur die beiden, sondern ihre Mitpassagiere - und viel wichtiger: die Crew. Ihnen wird vorher eingeschärft, dass “nein“ keine Antwort auf die Wünsche der hochgestellten Passagiere ist. Dafür können sie am Ende ein entsprechendes Trinkgeld erhoffen. Diese Prämisse ist natürlich Gold wert für die komödiantischen Möglichkeiten des Films und er nutzt sie auch. Schließlich entgleisen die Dinge: Der Seegang steigt, ein Sturm braut sich zusammen und nachdem zu Beginn noch versucht wird, Normalität vorzugaukeln, beginnt ein schier unendliches Intermezzo, die Gäste übergeben sich und der Überfluss schießt ihnen aus allen Körperöffnungen. Schließlich bleibt es dann am Reinigungspersonal hängen, den Unsichtbaren, irgendeinen Normalzustand wieder herzustellen, während das Elend der Gäste in den Kabinen weitergeht. Erträglich macht diese Episode das Aufeinandertreffen des Kapitäns – amerikanischer Kommunist – und des russischen Oligarchen, die sich gegenseitig mit Zitaten bewerfen, ersterer zieht Marx und Lenin aus dem Hut, Zweiter Margret Thatcher und Ronald Reagan. Beide hören sich gerne reden, und man kann es nicht anders sagen, es macht auch unfassbar Spaß den beiden zuzuhören. Die Nacht zieht vorüber, der Sturm zieht vorbei und das Schiff bleibt heil. Warum der dritte Teil dennoch den kleinen Kreis von Überlebenden gestrandet auf einer Insel zeigt, sei jetzt mal im Sinne des Überraschungsfaktors ausgelassen. Nun, wo man sich selbst versorgen muss, sind die Karten jedenfalls neu gemischt. Abigail, die „Toilettenmanagerin“ aus der Crew, weiß wie man angelt, und die Gruppe versorgt. Somit hat sie nun die Oberhand. Und nutzt das auch im Rahmen der Möglichkeiten aus. Dennoch ändert sich eigentlich nichts am System, die vormals Reichen liegen untätig am Strand herum, während sie zwar die Kontrolle über die Lebensmittel hat, aber auch die Einzige ist, die arbeitet. Die anderen müssen nur hoffen, in ihrer Gunst zu stehen. Im Gespräch, noch vorher, auf dem Schiff, sagt der Oligarch zum Kapitän: „Was ist der Unterschied zwischen Linken und Rechten? – Die Linken haben Marx gelesen, die Rechten haben ihn verstanden.“ Und vielleicht hat auch Östlund Marx nicht verstanden, vielleicht will er es uns aber auch einfach nicht so leicht machen. Nichtsdestotrotz ist „Triangle Of Sadness“ ein sehr lohnenswerter Film, der zum Lachen bringt und sich Zeit nimmt, denen, denen es sonst an nichts mangelt zumindest einen (mit Fäkalien verschmierten) Spiegel vorzuhalten. Dafür gab es die goldene Palme in Cannes, ob die Nachricht ankam, ist eine andere Frage. ■

Maria Brücke, Berlin

IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/Flyeralarm
Verantwortlicher Redakteur: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Berlin | 18:30 Uhr | Mehringhof, Blauer Salon, Gneisenaustraße 2a

Mi, 30.11. Frauen* an der Spitze sozialer Revolten

Wird wiederholt am 1.12. um 18:15 Uhr: Technische Universität, i-café , Institut für Soziologie, Raum FH305, Fraunhoferstr. 33-36

Düsseldorf | 19:00 Uhr | Café Solaris, Kopernikusstraße 53

Do, 1.12. Staat statt Markt? Über marxistische Staatstheorie

Do, 15.12. China: Was bewegt den Wirtschaftsriesen?

Wien | 18:30 Uhr | Amerlinghaus Saal, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Fr, 2.12. Krieg, Handelskonflikte, Globale Krisen. Beiträge aus Frankreich, Deutschland und Österreich zur aktuellen Lage der Welt

Hier findet ihr uns online

Deutschland

www.sozialismus.click

rsodeutschland

Österreich

www.sozialismus.net

rso_organisation

rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

rso

revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unter-schiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

+49 1777 800571

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net